Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 11. Freitag, 13. Januar 1933, abends. 86. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Nervöse Agrarpolitik.

LPD. Der Konflikt zwischen dem Reichs-Landbund und der Reichsregierung wird, wie die „Landwirtschaftliche Wochenschau" mitteilt, allgemein in führenden landwirtschaftlichen Kreisen nach seinem Vorgang und nach seiner Auswirkung auf das lebhafteste bedauert. Auch wer die Handhabung der Veröffentlichung der Vorstandsentschließung des Landbundes am Mittwoch ohne ausdrückliche Mitteilung des Wortlauts gelegentlich der Besprechungen beim Reichspräsidenten als einen schwerwiegenden Formfehler ansieht, kann doch kein Verständnis dafür aufbringen, daß die Reichsregierung Schlußfolgerungen mit einer sonst kaum gewohnten Schnelligkeit gezogen hat, die eine Parallele lediglich in dem vor einigen Jahren vom preußischen Ministerpräsidenten Braun gegen die Rheinische Landwirtschaftskammer ausgesprochenen Boykott und in dem Schnitt durch das Tischtuch zwischen Regierung und Bund der Landwirte vor 30 Jahren finden. Wie Otto Braun sehr bald den Boykott aufheben mußte, so hatte 1903 auch der Landwirtschaftsminister von Podbielski mit seiner nervösen Antwort an Dietrich Hahn letzten Endes nur den späteren Sturz der Regierung vorbereitet. Der Vergleich mit 1903 drängt sich auch dadurch auf, daß damals Dietrich Hahn seine scharfe Kritik ausgesprochen hatte, weil die Regierung im Zusammenhang mit der Handelspolitik auf die nötige Förderung der Landwirtschaft verzichtet hatte, und daß damals wie heute die Regierung dem Landbund das Recht der Vertretung der Landwirtschaft absprach und nur noch mit den amtlichen Berufsvertretungen zu arbeiten gewillt war. Daß Reichskanzler von Schleicher diese historische Erinnerung sich nicht eine Lehre hat sein lassen, wird besonders auch deshalb bedauert, weil Anlaß zu der Erwartung besteht, daß die aus formellen Irrtümern entstandene Verstimmung des Reichspräsidenten zerstreut wird, zumal es auch auf ein Versagen der Presseabteilung der Reichsregierung, die dem Reichskanzler untersteht, zurückzuführen ist, daß die zuständigen Stellen erst verspätet von der Landbund-Entschließung Kenntnis erhielten. Man verweist auch darauf, daß noch keine Reichsregierung und auch nicht der Reichskanzler v. Schleicher gegenüber der Vertretung eines anderen Berufes oder gegenüber politischen Parteien selbst bei sehr viel massiveren und sachlich völlig unberechtigten Angriffen ähnliche Schlußfolgerungen gezogen hat.

In führenden landwirtschaftlichen Kreisen wird auch, wie die „Landwirtschaftliche Wochenschau" weiter mitteilt, daran erinnert, daß die Reichsregierung bereits durch die geraume Zeit vor Weihnachten gefaßte Entschließung des Ständigen Ausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrats gewarnt war. Zum ersten Male hatte diese Spitzenkörperschaft der amtlichen Berufsvertretungen einen derart unmißverständlichen Ton angeschlagen, daß die Reichsregierung das als Sturmzeichen werten mußte. Inzwischen ist aber außer zahlreichen Erklärungen und Versprechungen agrarpolitisch nichts geschehen. Besonders mußte es draußen im Lande verbittern, daß der Reichskanzler auch seine im Rundfunk abgegebene Zusage für Klärung der wichtigsten Agrarmaßnahmen „noch vor Weihnachten" nicht gehalten hat, so daß inzwischen besonders die Preise der landwirtschaftlichen Veredlungserzeugnisse weiter verhängnisvoll gesunken sind. Der Butterpreis von 90 Mark ist der tiefste Nachkriegspreis und liegt um 45 Mark unter dem Vorkriegspreis. Mit den Viehpreisen, die gerade noch die Hälfte der Vorkriegspreise betragen, sind wir auf den Stand der Mitte des 19. Jahrhunderts zurückgeworfen, in manchen Erzeugnissen sogar bis ins 18. Jahrhundert. Da auf der anderen Seite die vielfältigen und in dem heutigen Umfang früher unbekannten Schutzmaßnahmen für die Industrie zu einer Hochhaltung der Produktionsmittelpreise für die Landwirtschaft weit über den Vorkriegsstand geführt haben, ist es schon verständlich, daß die weitere Verzögerung der Agrarpolitik zu einer jeder Beschreibung spottenden Verzweiflung des Landvolks geführt hat. Daß diese Verzweiflung in der Entschließung einer freien wirtschaftspolitischen Organisation noch deutlicher zum Ausdruck kommen mußte als beim Landwirtschaftsrat, ist ebenso verständlich, wie die entsprechend scharfe Sprache anderer freier Berufsvertretungen des Landvolks. Es ist kein Geheimnis, daß die veröffentlichte Entschließung gegenüber der durch die Vertreter der einzelnen Landbünde geforderten Fassung noch wesentlich abgeschwächt worden ist.

Konnte man auch nicht erwarten, daß die Reichsregierung die Entschließung begrüßen würde, so läßt sich allem Anschein nach die Art der Reaktion nur daraus erklären, daß der Kanzler eine politische Intrige vermutete, wo tatsächlich ein temperamentvoller Verzweiflungsschrei des Landvolks vorlag, der übrigens sehr viel deutlicher, wenn auch ohne ausdrücklichen Hinweis auf die Entschließung, dem Reichspräsidenten vorgetragen und von diesem zum Anlaß für die Herbeizitierung der Minister genommen worden war. Der Kanzler, der stärker als seine Vorgänger die alleinige Leitung der Politik für seine Person beanspruncht und über die wiederholt im Konklave erzielten und als solche verkündigten Einigungen hinaus nicht die Entschlußkraft zur tatsächlichen Führung der Wirtschaftspolitik gefunden hatte, hätte bei ruhiger Ueberlegung unter Verzicht auf die gereizte Nervosität heftiger Erklärungen entsprechend dem erneut erteilten Auftrag des Reichspräsidenten lediglich mit der nunmehrigen Verkündung und Durchführung der erforderlichen Taten antworten können. Statt dessen befürchtet man zum Teil in landwirtschaftlichen Kreisen, daß der Kanzler nach dem ersten Erlaß über den Vollstreckungsschutz aus den formellen Vorgängen die Schlußfolgerung einer Zurücksetzung der Landwirtschaft ziehen könnte. In jedem Falle ist es übereinstimmende Meinung aller landwirtschaftlichen Kreise, daß die Reichsregierung noch größere Gefahren des inneren Wirtschaftskrieges und der beispiellosen Verzweiflung heraufbeschwören würde, wenn sie nicht jetzt wenigstens im schnellen praktischen Handeln die Versäumnisse der Vergangenheit wiedergutzumachen versucht.

Die in diesen Tagen in Erscheinung getretene Nervosität um die Agrarpolitik eröffnet lediglich die eine Hoffnung, daß der Reichspräsident, der sich ja schon außerhalb der gewohnten Empfangszeiten zur Verfügung gestellt und mit entschiedenen, ja empörten Worten die Reichsregierung zu schnellster Arbeit angewiesen hat, über die Verelendung und Verzweiflung der Bauernschaft aufgeklärt ist und dafür Sorge tragen wird, daß die Reichsregierung die ihrer Verantwortung entsprechenden Schlußfolgerungen auch tatsächlich zieht. So notwendig der erneute Vollstreckungsschutz als erster Anfang ist, um überhaupt noch die Zeit zu agrarpolitischen Maßnahmen zu finden, so hat er doch nur einen Sinn, wenn nun auch tatsächlich die positiven Maßnahmen der Agrarpolitik schnell folgen.

Reichsregierung und Landbundentscheidung.

Der Verlauf der Verhandlungen am Mittwoch nachmittag.

Berlin. (Funkspruch.) Da über die Einzelheiten der Verhandlungen am Mittwoch nachmittag, die im Zusammenhang mit dem Empfang des Landbundführers beim Reichspräsidenten stehen, in der Presse immer wieder unrichtige Darstellungen gegeben werden, insbesondere die Tatsache unklar bleibt, zu welchem Zeitpunkt der Reichskanzler Kenntnis von der Entschließung bekommen hat, wird von zuständiger Stelle noch einmal auf die Einzelheiten der Vorgänge am Mittwoch nachmittag eingegangen. In der Deutschen Zeitung schildert **Landbunddirektor von Sybel, daß er im Anschluß an den Empfang noch mit dem Reichskanzler gesprochen habe und ihm dabei die Entschließung des Landbundes übergeben habe.** Es ist richtig, daß **der Reichskanzler ein Gespräch mit dem Landbunddirektor von Sybel hatte,** und daß diese Unterhaltung in **durchaus freundschaftlichem Tone** geführt wurde. **Bei dieser Unterhaltung überreichte Herr von Sybel dem Reichskanzler ein Blatt Papier, mit dem der Reichskanzler dann in sein Zimmer ging. Dort empfing ihn Staatssekretär Dr. Planck, der ihm sofort die Entschließung des Landbundes übergab und ihn auf ihre Bedeutung aufmerksam machte.**

Es wird von zuständiger Seite ausdrücklich betont, daß dem Reichskanzler auch während der Unterhaltung mit Herrn von Sybel die Entschließung noch nicht bekannt war.

Ebenso wendet man sich an zuständiger Stelle weiter gegen die Behauptung des Herrn von Sybel, er habe zunächst über die Besprechung beim Reichspräsidenten gemeinsam ein Communiqué mit der Reichskanzlei ausgearbeitet. Dies war schon deswegen nicht möglich, weil die Reichskanzlei an diesem Empfang überhaupt nicht beteiligt war, sondern das Büro des Reichspräsidenten. Herr von Sybel hat tatsächlich mit dem stellvertretenden Staatssekretär Dr. Döhle ein Communiqué ausgearbeitet. Auch Dr. Döhle hatte zu dieser Zeit die Landbund-Entschließung noch nicht vorgelegen. Dr. Döhle erklärte, daß, wenn ihm die Entschließung bekannt gewesen wäre, er Verhandlungen abgelehnt haben würde. Erst nach seinem Gespräch mit Herrn von Sybel habe ihn Staatssekretär Dr. Planck auf die Entschließung aufmerksam gemacht. Darauf habe er sofort das mit Herrn von Sybel gemeinsam ausgearbeitete Communiqué zurückgezogen.

Die Schlußfolgerung der „Deutschen Zeitung" aus der Darstellung des Herrn von Sybel, erst nach Stunden sei der Reichskanzler zu der Erkenntnis gekommen, daß die Entschließung des Landbundes einen Angriff darstelle, wird von amtlicher Seite ebenfalls als unrichtig bezeichnet. Der Reichskanzler habe sofort, als er die Entschließung gelesen hat, deren Bedeutung klar erkannt und seine Beschlüsse gefaßt.

*

Brief des Präsidiums des Reichslandbundes an Hindenburg.

* Berlin. Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, hat das **Präsidium des Reichslandbundes an den Reichspräsidenten von Hindenburg einen herzlich gehaltenen Brief gerichtet,** der dem Reichspräsidenten Donnerstag nachmittag zugeleitet wurde. **In diesem Brief gibt das Präsidium des Reichslandbundes seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß der Reichspräsident anläßlich des Besuches des Präsidiums des Reichslandbundes für die Nöte und Leiden der deutschen Bauern Verständnis gezeigt habe. In dem Brief wird nochmals der Standpunkt des Reichslandbundes zu der Politik des Kabinetts von Schleicher klargelegt und die dem Reichslandbund von dem Kabinett zum Vorwurf gemachten Dinge als unbegründet bezeichnet.**

*

Eine Eingabe des Großhandels an die Reichsregierung.

U Berlin. Der **Reichsverband des deutschen Groß- und Uebersee-handels** wendet sich in einer Erklärung **gegen die Angriffe des Reichslandbundes,** die dieser in seiner vorgestrigen Entschließung gegen die in der Exportwirtschaft tätigen Wirtschaftskreise gerichtet hat und weist darauf hin, daß er in einer Eingabe an die Reichsregierung gegen die offenbar in Aussicht genommenen Sofortmaßnahmen insbesondere auf dem **Gebiete des Vollstreckungsschutzes für die Landwirtschaft Einspruch erhoben** hat, da mit einer solchen Maßnahme der Not der Landwirtschaft nicht gesteuert werden könne. Die Reichsregierung wird davor gewarnt, sich ohne eingehende vorherige Fühlungnahme mit allen beteiligten Kreisen zu solchen Maßnahmen drängen zu lassen.

*

Zentrumsvorstoß gegen die Osthilfe.

Berlin. (Funkspruch.) Im Haushaltausschuß des Reichstages nahm der **Zentrumsabgeordnete Ersing** heute Freitag **zu dem Konflikt mit dem Reichslandbund Stellung** und kündigte bei dieser Gelegenheit einen **Vorstoß des Zentrums gegen die Osthilfe an.** Der Redner **fragte, ob die Regierung weiterhin gewillt sei, sich die Sprache der Landbundführer gefallen zu lassen, angesichts der Tatsache, daß dauernd Hunderte von Millionen für die Osthilfe ausgegeben würden.** Er fragte insbesondere, ob es richtig sei, daß allein dem Herrn von Oldenburg-Januschau drei Güter vom Reiche saniert worden seien. Vom Zentrum wird ein entsprechender Antrag vorbereitet.

Berlin. (Funkspruch.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde heute bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen ein **Zentrumsantrag angenommen,** wonach **dem Ausschuß eine Uebersicht** vorgelegt werden soll, aus der ersichtlich ist, welche Flächen im Osten umgeschuldet worden sind, welche Geldbeträge den Großgrundbesitz einerseits und dem mittleren und kleineren Bauern andererseits aus der Osthilfe zugeflossen sind und welchen Umfang die Siedlung im Jahre 1932 angenommen hat, sowie welche Siedlungsflächen im Jahre 1933 zur Verfügung gestellt werden. Die Uebersicht soll möglichst nächste Woche dem Ausschuß vorliegen.

Begrüßung der „Ruhr"-Besatzung im Hamburger Hafen.

* Hamburg. An Bord des am Donnerstag früh in Hamburg eingetroffenen Hapag-Motor-Schiffes „Ruhr" fand am Nachmittag die **offizielle Begrüßung der Besatzung** statt, die bekanntlich bei dem **Brand der „L'Atlantique" 86 Seeleute gerettet** hatte. Bürgermeister Roß beglückwünschte in seiner Ansprache die Mannschaft zu dem erfolgreichen Rettungswerk. Er überreichte dem Kapitän die vom Senat gestiftete künstlerische Urkunde, in welcher der „Ruhr"-Besatzung Dank und Anerkennung des Senats ausgesprochen wird.

Kapitän Fick dankte in schlichten Worten für die Ehrung. Er und seine Leute hätten das Rettungswerk als eine selbstverständliche Pflicht angesehen. Andere Seeleute würden an ihrer Stelle genau so gehandelt haben.

Nachdem dann der französische Generalkonsul in Hamburg, Saugon, der Besatzung in beredten Worten Dank und Anerkennung für die Rettung seiner Landsleute zum Ausdruck gebracht hatte, dankte namens des Vorstandes der Hamburg—Amerika-Linie Direktor Boeger dem Senat und dem französischen Generalkonsul für die Ehrung und die Anerkennung der „Ruhr"-Besatzung und gab daher der Hoffnung Ausdruck, daß dieses nationale Unglück, das Frankreich durch den Brand der „L'Atlantique" betroffen habe, doch andererseits dazu beitragen möge, die sich heranbildende Freundschaft zwischen beiden Nationen zu vertiefen.

Keine Auflösung der Wirtschaftspartei.

* Berlin. Die Gerüchte von einer bevorstehenden Auflösung der Wirtschaftspartei bestätigen sich nicht. Auf Anfrage teilt der Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter Dr. Bredt-Marburg, der vom Parlamentsdienst der Telegraphen-Union herausgegebenen „Wandelhalle" mit, daß **an eine Auflösung der Wirtschaftspartei nicht gedacht sei.** Es schwebten allerdings, wie er erklärte, Pläne zu einer gewissen Neu- und Umorganisation, aber auf der bisherigen Grundlage. Er selbst sei im Reichstag Vertreter der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) und habe sich der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei nur zuzählen lassen, um in einige Ausschüsse kommen zu können. An den Sitzungen der Bayerischen Volkspartei nehme er entgegen anderen Behauptungen nicht teil.